

Amtsblatt

für den Kreis Paderborn

zugleich satzungsmäßiges Verkündungsorgan der Stadt Bad Wünnenberg

78. Jahrgang

16. März 2021

Nr. 49 / S. 1

	Inhaltsübersicht:	Seite:
149/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Bad Lippspringe, Kath. Kindertageseinrichtung St. Martin, Gruppe „Gänseblümchen“	2 - 6
150/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, Grundschule Sande, Klassen 3b, Gruppe 1 und Hamster, Gruppe 1	7 - 11
151/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen – über die Tierseuchen-Allgemeinverfügung zur Aufhebung der Tierseuchenverfügungen vom 13.08.2020 und 02.09.2020 in Delbrück	12

149/2021

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

den Kindern sowie dem Betreuungspersonal der Gruppe „Gänseblümchen“ der Kath. Kindertageseinrichtung St. Martin, Maximilian-Kolbe-Straße 4, 33175 Bad Lippspringe

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Kinder sowie das Betreuungspersonal der Gruppe „Gänseblümchen“ der Kath. Kindertageseinrichtung St. Martin, Maximilian-Kolbe-Straße 4, 33175 Bad Lippspringe, die in der Zeit vom 11.03.2021 bis 12.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 26.03.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden,

soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie

kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Kinder sowie das Betreuungspersonal der Gruppe „Gänseblümchen“ der Kath. Kindertageseinrichtung St. Martin, Maximilian-Kolbe-Straße 4, 33175 Bad Lippspringe, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Betreuerin der Gruppe „Gänseblümchen“ der Kath. Kindertageseinrichtung St. Martin, Maximilian-Kolbe-Straße 4, 33175 Bad Lippspringe ist am 15.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 15.03.2021 bei der betroffenen Person eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 12.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 17 Abs. 2 Satz 3 Corona-Test-und-Quarantäneverordnung (CoronaTestQuarantäneVO). Eine Verkürzung nach § 17 Abs. 2 S. 3 CoronaTestQuarantäneVO soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen

(https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiosität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzu

dämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 16.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

150/2021

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrpersonal der Klassen 3b, Gruppe 1 und Hamster, Gruppe 1 der Grundschule Sande, Sennelagerstraße 21, 33106 Paderborn

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klassen 3b, Gruppe 1 und Hamster, Gruppe 1 der Grundschule Sande, Sennelagerstraße 21, 33106 Paderborn, die am 10.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 24.03.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein

Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klassen 3b, Gruppe 1 und Hamster, Gruppe 1 der Grundschule Sande, Sennelagerstraße 21, 33106 Paderborn, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Schüler der Klassen 3b, Gruppe 1 und Hamster, Gruppe 1 der Grundschule Sande, Sennelagerstraße 21, 33106 Paderborn sind am 14.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit den infizierten Personen in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 14.03.2021 bei den betroffenen Personen eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 10.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 17 Abs. 2 Satz 3 Corona-Test-und-Quarantäneverordnung (CoronaTestQuarantäneVO). Eine Verkürzung nach § 17 Abs. 2 S. 3 CoronaTestQuarantäneVO soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen

(https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiösität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsge

schehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 16.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

151/2021

Der Landrat
des Kreises Paderborn
Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen
Aldegrevestr. 10-14
33102 Paderborn

**Tierseuchen – Allgemeinverfügung
vom 16.03.2021**
zur Aufhebung meiner Tierseuchenverfügungen
Nr. 3/20 vom 13.08.2020 und Nr. 4/20 vom 02.09.2020

In Delbrück ist die Amerikanische Faulbrut der Bienen erloschen.

Meine Tierseuchenverfügungen Nr. 3/20 vom 13.08.2020 und Nr. 4/20 vom 02.09.2020 durch die in Delbrück jeweils ein Sperrbezirk zum Schutz gegen die Amerikanische Faulbrut der Bienen errichtet wurde, hebe ich hiermit wieder auf.

Diese Tierseuchenverfügung tritt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag in Kraft und kann im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen des Kreises Paderborn, Aldegrevestr. 10-14, 33102 Paderborn, Dienstgebäude D, Zi. D.00.24, während der üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Tierseuchenverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 32 40, 32389 Minden) oder mündlich zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Minden oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Verwaltungsgerichts Minden zu erheben. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Verwaltungsgericht Minden geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung- ERW) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

Hinweis:

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet, Ihre Klage muss innerhalb der Monatsfrist bei Gericht eingegangen sein. Gegner einer Klage gegen diesen Bescheid ist der Kreis Paderborn.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Paderborn, den 16.03.2021
Im Auftrag

Beninde